

BKZ Leserbriefe zu „Bundesweiter Protest für ein AfD-Verbot“

Zum Artikel vom 12.5.25 in der BKZ entwickelte sich eine Leserbriefdiskussion. In der meldeten sich zwei rechts denkende Menschen, aber nur ein einziger links denkender Mensch zu Wort. Hier wäre noch ein Feld, indem unsere Parteimitglieder mitwirken können und sollten.

Bundesweiter Protest für ein AfD-Verbot

Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann dringt auf ein AfD-Verbotsverfahren und kritisiert die CDU.

BERLIN. In Deutschland wird weiter ein Verbot der AfD gefordert: Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann drang in den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland auf einen solchen Schritt und kritisierte die zögerliche Haltung vor allem von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann zu dem Thema. Für Sonntag war bundesweit zu Demonstrationen für ein Verbotsverfahren gegen die AfD aufgerufen worden.

„Die CDU muss sich spätestens jetzt den Gefahren, die von der AfD ausgehen, stellen und sich klar positionieren“, forderte Haßelmann. „Es braucht jetzt umgehend eine Prüfung und zeitnah eine Einleitung eines Verbotsverfahrens.“ Haßelmann verwies auf die Einstufung der Partei als gesichert rechtsextrem. „Die AfD ist eine verfassungsfeindliche Partei“, warnte die Politikerin. Angriffe der AfD auf die Menschenwürde, auf Verfassungsorgane, auf Demokratie und Rechtsstaatsprinzip seien an der Tagesordnung.

Die AfD war vom Bundesamt für Verfassungsschutz vor gut einer Woche bundesweit als gesichert rechtsextremistisch eingestuft worden. Wegen einer Klage der AfD wurde die Einstufung vorläufig ausgesetzt. An ihrer Einschätzung hält die Behörde jedoch inhaltlich fest. Zudem sind mehrere Landesverbände und Gliederungen der AfD als gesichert rechtsextremistisch eingestuft.

Linnemann hatte sich zuvor gegen ein AfD-Verbotsverfahren ausgesprochen. Er verwies auf Einschätzungen von Rechtsexperten. Für den Sonntag gab es in mehr als 60 Städten Aufrufe zu Demonstrationen für ein AfD-Verbotsverfahren. Größere Kundgebungen waren in Berlin, Hamburg, Köln und München geplant. Neben dem Verbotsverfahren wird auch zur politischen Bekämpfung der AfD durch „eine klare antifaschistische Haltung“ von Politik und Zivilgesellschaft aufgefordert.

AFF

Die erste Antwort am 17.5. lautete „Fakten können nicht geleugnet werden“.

Fakten können nicht geleugnet werden

Zum Artikel „Bundesweiter Protest für ein AfD-Verbot“ vom 12. Mai:

Hier sind vier Fakten zum Nachdenken, die nachprüfbar sind, nicht geleugnet werden

können und hoffentlich auch nicht zensiert werden. Fakt 1: 1933 wurde von der damaligen Regierung die SPD verboten. Fakt 2: 2025 gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass zumindest Teile der heutigen Regierung die AfD verbieten wollen. Fakt 3: In der DDR gab es das Ministerium für „Staatssicherheit“. Fakt 4: Heute gibt es in Deutschland das dem Innenministerium unterstellte Bundesamt für „Verfassungsschutz“. Und das alles selbstverständlich immer wieder nur wegen der „bösen anderen“ und „zum Schutz der Bevölkerung“. Denken Sie genau darüber nach, bevor das Denken auch noch ganz verboten wird. Beachten Sie aber bitte: Egal, zu welchem Ergebnis Sie kommen, es sind Ihre Gedanken und nicht meine.

Werner Fasser, Backnang

Am Samstag darauf (24.5.) erschien dann eine Antwort: „AfD steht nicht auf dem Boden der Verfassung“:

AfD steht nicht auf dem Boden der Verfassung

Zum Leserbrief von Werner Fasser „**Fakten können nicht geleugnet werden**“ vom 17. Mai:

„Denken Sie genau darüber nach, bevor das Denken auch noch ganz verboten wird.“ Dieser Aussage von Herrn Fasser kann ich voll und ganz zustimmen. Ich denke an die Nazis, wie sie mit Menschen, die nicht ihrem Denken entsprochen haben, umgegangen sind. Ich denke an die Putin-Regierung, an die Erdogan-Regierung, wie sie mit Menschen, umgehen, die nicht denken, wie die Regierung zu denken vorschreibt. Ich denke an die Orbán-Regierung, die in Ungarn Medien und Gerichten vorgibt, wie man im Sinne der Regierung zu denken hat. All das möchte ich in Deutschland nicht erleben. Nicht mehr zustimmen kann ich Herrn Fasser, wenn er von Fakten, die „nicht mehr geleugnet werden können“, schreibt und die Stasi mit dem Verfassungsschutz gleichsetzt. Während Maßnahmen der Stasi nicht per Gericht überprüft wurden, werden Maßnahmen des Verfassungsschutzes von unabhängigen Gerichten überprüft, oft auch als unrechtmäßig zurückgewiesen. Das ist ein wichtiges Kennzeichen des Rechtsstaats, in dem wir sicher leben. Dass der Verfassungsschutz die AfD als gesichert rechtsextrem einstuft, kann ich gut nachvollziehen. Unter dem Schlagwort „Remigration“, früher „Ausländer raus“, zeigt die AfD, dass sie nicht auf dem Boden der Verfassung steht. Wenn die Pläne der AfD mehrheitsfähig werden, frage ich: Welche „deutschen“ Menschen können die Anforderungen in Industrie, Pflege, technischer Weiterentwicklung leisten, wenn all die „nicht deutschen“ Menschen ausgewiesen werden? Ich denke auch „genau darüber nach“, was die Menschen fühlen, die hier leben, arbeiten, Schutz gefunden haben, wenn die AfD Aus-

länder rausjagen will. Ich möchte diesen Menschen sagen: Ihr seid ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Herrn Fasser und den AfD-Freunden möchte ich sagen: Das, was ihr denkt und in Politik umsetzen wollt, ist verfassungsfeindlich und menschenverachtend. Das sehe ich als Fakten, die nicht geleugnet werden können. Herr Fasser, wie stehen Sie zu den Gedanken?

Josef Klein, Backnang

Am 7.6. erschien dann eine Antwort auf diesen Leserbrief: „Das sind alles nur Unterstellungen“:

Das sind alles nur Unterstellungen

Zum Leserbrief von Josef Klein „**AfD steht nicht auf dem Boden der Verfassung**“ vom 24. Mai:

Lieber Herr Klein, durch den Satz in Ihrem Leserbrief, „Herrn Fasser und den AfD-Freunden möchte ich sagen: Das, was ihr denkt und in Politik umsetzen wollt, ist verfassungsfeindlich und menschenverachtend“, haben Sie sich bloßgestellt. Sie glauben also tatsächlich, meine Gedanken lesen zu können? Dabei ist Ihnen aber ein großer Fehler unterlaufen. Denn meine Gedanken sind das nicht. Im Gegenteil: Es sind Ihre

Gedanken, die Sie zumindest mir und vielleicht auch den (von Ihnen so genannten) „AfD-Freunden“ unterstellen. Ich habe auch nicht, wie Sie behaupten, die Stasi mit dem Verfassungsschutz gleichgesetzt. Den Vergleich haben Sie mir ebenfalls unterstellt. Ich habe lediglich vier Fakten dargestellt und darauf hingewiesen, dass man sich mal Gedanken darüber machen soll. Und genau diese Unterstellungen beschreiben die besorgniserregende Unsitte, die sich in unserer viel zitierten „Demokratie“ immer weiter verbreitet: Irgendjemand denkt sich etwas und unterstellt das Gedachte dann anderen Leuten. Es wäre sinnvoller gewesen, wenn Sie den Hinweis in meinem Leserbrief ernst genommen hätten. Dann hätten Sie nämlich erkannt, dass es sich um Ihre Gedanken handelt und nicht um meine. Außerdem sind meiner Meinung nach solche Unterstellungen geeignet, Hass und Hetze zu erzeugen und zu verbreiten.

Werner Fasser, Backnang

Ein weiterer Leserbrief wurde am selben Tag veröffentlicht: „AfD ist lediglich eine konservative Alternative“.

AfD ist lediglich eine konservative Alternative

Zum Leserbrief von Josef Klein „AfD steht nicht auf dem Boden der Verfassung“ vom 24. Mai:

Herr Klein hat recht. Niemand will in einem Land leben, in dem Rechtsextreme das Sagen haben. Allerdings sehe ich die AfD nicht als eine rechtsradikale beziehungsweise verfassungsfeindliche Partei und schon gar nicht als eine Gefahr für unseren Rechtsstaat. Nicht nur, aber primär bei unseren ostdeutschen Landsleuten sind die Blauen wegen ihrer Forderung nach einer von Vernunft geleiteten Energie- und Sicherheitspolitik eine konservative Alternative, die sehr wohl auf dem Boden der Verfassung steht. Vor allem ist sie aber die einzige Partei, die eine radikale Umkehr der völlig aus dem Ruder gelaufenen Asylpolitik befürwortet. Einer Politik, die einen hohen Blutzoll von den Bundesbürgern fordert. Zudem stellt sich die Frage nach dem vorherrschenden Demokratieverständnis im Land der Dichter und Denker. Denn obwohl erst die Existenz einer starken Opposition eine Regierung legitimiert,

werden die AfD und ihre Repräsentanten seit Jahren von Politik, Kultur und Medien mit allen Mitteln ausgegrenzt. Zudem wird mit fadenscheinigen Vorwänden versucht, in Kooperation mit dem weisungsgebundenen Verfassungsschutz ein Verbotsverfahren gegen die Schwefelpartei zu erwirken. Ein vom Volk gewählter Politikwechsel? Fehlanzeige. Wobei auch hier die Medien eine traurige Rolle spielen. Wer wissen will, warum immer mehr Menschen das Vertrauen in die Medien verlieren, findet es in einem Journalismus, der demokratische Prinzipien verbiegt, Doppelmoral predigt und objektive Berichterstattung mit Füßen tritt. Otto Normalverbraucher wiederum überlegt es sich aus Angst vor rechtlichen Folgen lieber zweimal, ob und was er zu bestimmten Themen sagt oder postet. Tja, und wer eine „bestimmte“ Partei wählt, verliert heutzutage ganz schnell seine berufliche beziehungsweise gesellschaftliche Reputation und muss dann mit den Konsequenzen leben. Nein, Deutschland hat alles, nur kein Rechtsextremismusproblem. Wenn dem so wäre, müssten Moscheen geschützt werden und nicht deutsche Volksfeste oder Weihnachtsmärkte.

Erhard Schock, Backnang

Den Leserbriefschreiber sollten wir eigentlich nicht allein im Regen stehen lassen. Wer möchte eine Antwort schreiben?

Vernunft geleitete Politik?

Energiepolitik: Regenerativ mit Wind- und Sonnenkraft erzeugte Energie ist inzwischen unschlagbar günstig zu haben. Unternehmen klagen über zu hohe Energiepreise, doch die AfD setzt weiterhin auf die teuerste und klimaschädlichste Erzeugung von Strom, auf Kernkraft und fossile Energiequellen. Wo ist da die Vernunft?

Sicherheitspolitik: ? Aufrüstung mit 5 % vom BiP gleich 45 % vom Bundeshaushalt. Wo soll denn da noch Geld für soziales und Infrastruktur übrig bleiben? Vernunft geleitet?

Auf dem Boden der Verfassung: In Artikel 2,2 heißt es „Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit“. Dieses Recht wurde vom Bundesverfassungsgericht auch in Sachen Klimaschutz noch einmal gestärkt. Doch die AfD ignoriert sowohl unsere Verfassung wie auch das Urteil des höchsten Gerichts. In Artikel 1,1 heißt es: Die Würde des Menschen ist unantastbar. In Artikel 1,2 verpflichtet sich das Deutsche Volk zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten. Doch die AfD will genau diese Rechte für alle Menschen beschneiden. Vernunft geleitet auf dem Boden der Verfassung?

Asylpolitik: Nicht die Zuwanderung ist das Problem, im Gegenteil die Bundesrepublik benötigt verstärkte Zuwanderung um alle Arbeitsplätze besetzen zu können. Die Politik der AfD vertreibt aber schon heute Arbeitnehmer und Firmen aus den östlichen Bundesländern. Vernunft geleitet?

Demokratieverständnis: Schon einmal hat eine rechte Partei mit den Mitteln der Demokratie die Demokratie zerstört. Das Grundgesetz soll eine Wiederholung verhindern. Der Verfassungsschutz soll frühzeitig erkennen, wenn eine Wiederholung droht. Das wurde inzwischen erkannt. Leider

fehlt vielen unserer Mitbürger das entsprechende geschichtliche Wissen, um die Parallelen zur Vergangenheit erkennen. Sie werden erst aufwachen, wenn die Demokratie verschwunden ist und der nächste Weltkrieg beginnt.
Wie all diese Beispiele zeigen ist die AfD die Partei der Unvernunft. Mit ihrer Politik wird unsere Demokratie beerdigt.

Verfasst von Reinhard Muth